



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Landesvorstand der DPoIG wünscht Euch und Euren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Insbesondere allen, die über die Feiertage Dienst versehen müssen, wünschen wir ruhige Dienste. Bleibt gesund!

Rückblickend wird das Jahr 2015 uns allen als ein denkwürdiges Jahr in Erinnerung bleiben. Die erste Jahreshälfte war geprägt von einer unseligen politischen Debatte über einen Personalabbau bei der Polizei. Man war in der politischen Hausspitze beratungsresistent hinsichtlich der Bewertung der Sicherheitslage. Aus Haushaltsgesichtspunkten wollte man Sicherheitspolitik mit Buchhaltermentalität machen. Dazu wurden abstrusete Argumentationen durchgeführt, um der Bevölkerung eine Sicherheitslage vorzugaukeln, die angeblich so gut wie nie sei. Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung sei auch keine Verschlechterung der Sicherheitslage zu erwarten,

deshalb könne man auch ruhigen Gewissens bei der Polizei Personal abbauen.

Diese windige Argumentation war zum einen weit ab jeglicher Realität, die auch in einen handfesten Streit zwischen Innenminister und Polizeigewerkschaften mündete. Und zudem weiß jeder, der sich ernsthaft mit dem Thema „Sicherheit“ auseinandersetzt und nicht die politische rosa Brille aufhat, dass man so nicht mit dem Thema umgehen kann. Auch die innere Sicherheit ist Schwankungen ausgesetzt, die man nicht vorhersehen kann und auf die man auch keinen Einfluss hat.

Und genau diese Situation trat mit den Flüchtlingsströmen ein. Binnen weniger Wochen war die Lage eine komplett andere. Der Polizei wurde die Errichtung einer „Besonderen Aufbauorganisation Flüchtlinge“ (BAO) aufs Auge gedrückt. Fast 400 Polizeibedienstete, Vollzug und Tarif, kümmerten sich fortan darum, ausreichend Liegenschaften zu besorgen und zu bestücken, damit Flüchtlinge einigermaßen winterfest untergebracht werden können. Hinzu kamen fast im Wochenrhythmus neue Landesunterkünfte, die polizeilich zu betreuen sind. Und plötzlich stellte man auch in der Politik fest, dass es eben keine fertig ausgebildeten Polizisten auf dem Arbeitsmarkt gibt. Also muss man zusätzliche Beamte

ausbilden, die aber naturgemäß erst nach ihrer Ausbildung einsatzbereit sind.

Ob der Bedarf kurzfristig mit den bisher vorhandenen Qualitätsanforderungen zu decken sein wird, bleibt abzuwarten. Zumindest aber sind die Kapazitäten für die Ausbildung sowohl räumlich als auch personell begrenzt.

In der Notlage greift die Landesregierung nun zu einem Instrument, dass die DPoIG ausgesprochen kritisch sieht. Das politische Versagen in der Personalplanung sollen nun die Kolleginnen und Kollegen ausbaden, die eigentlich ihren wohlverdienten Ruhestand erreicht haben. Ihnen will man eine Lebensarbeitszeitverlängerung schmackhaft machen, indem man ihnen eine Bleibeprämie von 15 Prozent Gehaltsaufschlag in Aussicht stellt. Das sind zweifelhafte Anreizsysteme! Zudem ist zu erwarten, dass es sich bei denjenigen, die das in Anspruch nehmen, überwiegend um Beamte in höheren Gehaltsklassen handelt, die nicht unbedingt im operativen Dienst tätig sind. Es wird Neiddebatten geben, wenn zwei Beamte derselben Besoldungsstufe unterschiedlich alimentiert werden. Es wird zu Verstopfungen bei Beförderungen kommen, weil Beförderungsdienstposten blockiert werden. Es wird dazu kommen, dass langgediente Kolleginnen und Kollegen nicht aus dem Schichtdienst herauskommen, weil Tagesdienstposten länger blockiert werden.

An dieser Stelle gibt es für die DPoIG zwei wichtige Punkte, die von der Politik als Kompensation umzusetzen sind:

1) Die Betrachtung von besonders belasteten Dienstformen, also insbesondere Zeiten des Wechselschichtdienstes, sind

bei der Berechnung des Eintrittsdatums in den Ruhestand besonders zu gewichten. Hier muss es schnell Ergebnisse geben, dass Kolleginnen und Kollegen mit langjährigen Schichtbiografien früher und ohne finanzielle Abschläge in den Ruhestand gehen können.

2) Die besondere Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen des operativen Dienstes, ob auf den Wachen oder in den Landesunterkünften für Flüchtlinge, muss gestärkt werden. Niemand kann an einer ausgebrannten Landespolizei interessiert sein.

Es ist absehbar, dass uns das Jahr 2016 in eine noch prekärere Situation bringen wird. Der Flüchtlingsstrom wird nach allen Vorhersagen 2016 unvermindert andauern. Bei längeren Verweildauern in engen Massenunterkünften ist eine Zunahme an sicherheitsrelevanten Ereignissen sicher zu erwarten. Vermutlich wird das Thema Abschiebungen ab 2016 als weitere zusätzliche Aufgabe ebenfalls in den Fokus rücken. Im nächsten Jahr wird es für uns also mehr als genug Arbeit geben und gerade deshalb sollte der Dienstherr mit seiner wertvollsten Ressource, dem Personal, pfleglich umgehen.

Der Landesvorstand der DPoIG wird diese Themen stets und ständig im Auge behalten.

Wir hoffen, dass trotz der aufwühlenden Situation für uns alle die Zeit und Muße für ein paar ruhige und besinnliche Stunden bleiben. Und selbstverständlich hoffen wir, dass im Winter alle Schutzbedürftigen ordentlich untergebracht und versorgt werden können.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841



Ein Kommentar von Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender Höchste Zeit für ehrliche Anerkennung

Zurzeit gibt es offenbar nur ein Thema: die Flüchtlingsproblematik, die zu einer enormen Kraftanstrengung in allen Bereichen führt und sicher zu Recht als oberste Priorität behandelt wird.

Die Polizei macht, wie immer, wieder als möglich. Getreu dem Motto: „Wir schaffen das!“

Eigentlich erstaunlich, dass sie trotz der mehr als angespannten Personalsituation in der Lage ist, eine BAO Flüchtlinge zu bilden und Aufgaben wahrzunehmen, die überhaupt keine wirklichen Polizeiaufgaben sind.

Es wird weiterhin Personal für diverse neue Aufgaben abgezogen, was zu einer weiteren Verdichtung der Arbeit führt. Und das in allen Bereichen, ob im Präsenzdienst, in den Ermittlungsdienststellen bei S und K oder der Verwaltung.

Überall geht man mittlerweile „am Stock“. Immer mehr Arbeit bleibt liegen oder wird nur noch sporadisch erledigt.

Die Kollegen und Kolleginnen, die in den neu eingerichteten Polizeidienststellen in den Lan-

desunterkünften Dienst schieben, sind zum großen Teil an ihren Belastungsgrenzen angelangt.

Kein Wunder bei der personellen Schieflage und bei teilweise über 60 Stunden in der Woche. Vermehrte Krankmeldungen werden da in Zukunft nicht ausbleiben.

Aber auch diejenigen, die auf den „normalen“ Dienststellen den Laden am Laufen halten, sind nicht zu beneiden. Schließlich müssen sie trotz erheblich weniger Personal weiterhin die tägliche Arbeit erledigen. Dazu kommen natürlich noch die weiteren Zusatzbelastungen wie beispielsweise durch Sondereinsätze und Schwertransportbegleitungen.

Die Aussage des Innenministers „keine neuen Aufgaben ohne zusätzliches Personal“ kann nur noch belächelt werden. Wo sollen die neuen Kräf-

te denn auch kurzfristig herkommen?

Dass die Motivationslage der Kolleginnen und Kollegen noch immer so hoch ist und sie immer noch versuchen, das Unmögliche möglich zu machen, um die Innere Sicherheit auch weiterhin im gewohnten Umfang zu gewährleisten, ist wirklich bemerkenswert. Schließlich wurde die Polizei in der Vergangenheit von der Politik nicht unbedingt fair behandelt.

Man denke da zum Beispiel an die verschiedenen Misstrauensbeweise (wie etwa die Kennzeichnungspflicht), Bezahlung nach Gutsherrenart (bei der letzten Gehaltsrunde keine volle 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses trotz erheblicher Proteste), die Schlechterstellungen in der Krankenversorgung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, unzureichende Beförderungsmöglichkeiten und so weiter und so weiter. Das alles in einem Land, das ohnehin bundesweit am wenigsten Geld für seine Polizei ausgibt!

Im Angesicht der besonderen Schwierigkeiten, die jetzt ohne Murren von den Polizeibe-

diensteten weiterhin in Angriff genommen werden, halten wir es für an der Zeit, endlich einmal einen Schlussstrich unter die Sparwut der Landesregierung zu ziehen.

Wir fordern von der Politik eine Umkehr und erwarten endlich klare Aussagen zur Beendigung des Personalabbaus und dem ewigen Klagen, es wäre nicht genug Geld da!

Die gute Arbeit der Polizei muss endlich wieder richtig gewürdigt und dementsprechend vergütet werden! Nur wenn die gute Arbeit wieder den Stellenwert erlangt, der ihr zusteht, kann es auch gelingen, ausreichend geeignetes Personal für die Zukunft zu gewinnen.

Einzig mit dem halbherzigen Versuch, durch Anhebung des Einstiegsamtes auf A 8 eine Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufes zu erzielen, kann das nichts werden.

Liebe verantwortliche Politiker, es ist höchste Zeit für eine klare Bekenntnis zur Polizei! Und das nicht nur in „schönen Worten“, sondern mit echten Taten und barer Münze. ■



„Streit um neuen Polizeibeauftragten“ und
„Die Polizei im Norden bekommt einen Aufpasser“ –
so titelten alle Zeitungen des SHZ-Verlages am 26. Oktober 2015

Völlig überflüssige Forderung nach einem „Polizeibeauftragten“

Sinngemäß zitiert wurde dargestellt, dass die Kieler Koalition aus SPD, Grünen und SSW plant, den Posten eines Polizeibeauftragten zu schaffen. „Dieser soll als Beschwerdestelle sowohl für Polizisten als auch für Bürger dienen, die sich unangemessen behandelt fühlen.“ Vorgestellt wurde das zunächst vom MdL Burkhard Peters (innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen).

Sich scheinbar am positiven Beispiel eines Wehrbeauftragten orientierend, wird aus dem Dargestellten schnell deutlich, worum es diesen Leuten eigentlich geht: einen ideologisch begründeten, aus dieser beschränkten Sicht vermeintlich notwendigen Aufpasser. Diesen wörtlich gebrauchten Begriff benutzt die wertende Presse sicher nicht von ungefähr! Zitat MdL Peters: „Aus meiner Erfahrung im Petitionsausschuss weiß ich, dass dort – aber auch bei der Strafrecht – Beschwerden über die Polizei oder von Polizisten nicht mit der gebotenen Intensität nachgegangen wird.“ Klar, die PIRATEN im Landtag unterstützen so etwas.

Gut, dass der DPoLG-Landesvorsitzende Torsten Gronau diesem Unfug sogleich Paroli bot.

Ich räume ein, dass ich mich dennoch ärgere. Gerade wir Polizeibeamte sind doch Menschen, die sich häufig genug selbst unter Gefährdungen der eigenen Gesundheit oder des Lebens für alle Mitbürger und diese staatliche Gemeinschaft und der Einhaltung ihrer Regeln einsetzen, und schrieb einen Leserbrief.

Dieser wurde dann allerdings nicht veröffentlicht. Wie schön, dass in einem freiheitlich-demokratischen Land die „vierte Gewalt“, die Presse, nicht zensuriert wird. Sicher, die Presse entscheidet selbst, was sie abdruckt oder nicht – damit muss man leben.

Meine Gedanken und meinen Brief möchte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daher auf diese Weise übermitteln:

„Wenn man diese Leute (MdL Peters, Breyer und offenbar andere mehr) noch ernst nehmen könnte, müssten meine Kolleginnen und Kollegen und

ich, nach mehr als 42 zwangsläufig nicht immer leichten Polizeidienstjahren, ein solches Anliegen einmal mehr als einen „Schlag ins Gesicht“ für dennoch stets engagierte Schutzleute empfinden. Nachdem der inzwischen wieder ehemalige Innenminister Herr Breitner es allein wegen des gern zitierten Koalitionsvertrages bereits „schaffte“, ohne jegliche fundierte Notwendigkeit eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einzuführen, jetzt das – und in dieser Zeit.

Wirkliche Sorgen der Inneren Sicherheit und der Polizei im Lande gibt es für derart bezeichnete Experten offenbar nicht, trotz des Flüchtlingszustroms und der akut damit verbundenen sehr großen Probleme, trotz der hohen Belastung durch Wohnungseinbruchdiebstähle, trotz der Rockerkriminalität, trotz der zwingenden Notwendigkeit, mit noch weniger Personal ein vertretbares Maß an Präsenz und Verkehrssicherheit – um nur einige Beispiele unseres sehr breiten Aufgabenspektrums zu nennen – aufrechtzuerhalten:

Na dann freue Dich, problemfreies Schleswig-Holstein!

Dass eine politische Partei, die sich selbst PIRATEN, also „Seeräuber“, nennt, das Vorhaben aus gleichfalls ideologischen Gründen begrüßt, können wir auch gerade noch ertragen. Aber wenn, wie zumindest hier verlautet, der neue Innenminister „die Grünen nun machen lässt“, wird uns das bestimmt

nicht sehr positiv motivieren. Wenn das dann noch unter dem Deckmantel eines Vergleichs mit den wirklich wichtigen Aufgaben eines Wehrbeauftragten gemäß Art. 45 b des Grundgesetzes daherkommt, der, historisch und notwendigerweise gewachsen, wesentlich die Interessen der Soldatinnen und Soldaten vertreten und die „Innere Führung“ der Bundeswehr stützen soll, springt mangels Erforderlichkeit der Misstrauensaspekt überdeutlich hervor.

Wir haben in Deutschland sowohl eine funktionierende Gewaltenteilung und insbesondere eine unabhängige Justiz. Eines – vermeintlich unabhängigen – politischen Aufpassers bedarf es nicht!

Oder braucht man in S-H noch ein sonst zwar entbehrliches, aber hoch bezahltes Amt (zum Abgleich ohne Bewertung: Der Wehrbeauftragte bezieht 75 Prozent der Bezüge eines Bundesministers) für eine oder einen Grünen, PIRATEN oder gar Roten?

Auch insoweit trifft Torsten Gronaus (Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft) noch sehr moderate Formulierung zu: „Überflüssig wie ein Kropf!“

Ich setze hinzu, dass verantwortbare politische Beiträge und Entscheidungen zur Inneren Sicherheit anders aussehen würden.

Jochen Einfeldt,
Schutzmann aus Kellinghusen



Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen beim Kreisverband Segeberg-Pinneberg

Am 5. November 2015 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Segeberg-Pinneberg der DPoIG auf dem altherwürdigen Gut Kaden in Alveslohe statt.



Der neue Vorstand des Kreisverbandes Segeberg-Pinneberg

Die Versammlung stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der Vitalisierung des Kreisverbandes mit den Wahlen des Ersten Vorsitzenden, des Zweiten Vorsitzenden, des Kassenwarts, einiger Beisitzer und zweier Kassenprüfer.

Über viele Jahre lenkten Ernst Meißner und Mike Schirdewahn als Vorsitzende die Geschichte des Verbandes und signalisierten zukunftsorientiert, dass es an der Zeit war, Nachfolger zu finden, die in ihre Fußstapfen treten sollten.

Es muss nicht besonders erwähnt werden, dass es nicht immer leicht ist, geeignete Kandidaten zu finden, die bereit sind, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen.

Deshalb war es umso erfreulicher, dass sich mit Sebastian Krause und Sven Madetzky zwei Kollegen finden ließen, Ernst und Mike zu beerben, was einstimmig durch das Gremium beschlossen wurde. Unter den ersten Gratulanten befand sich auch Frank Hesse vom Landesvorstand, der uns mit seiner Anwesenheit beehr-

te, wofür wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Ganz so einfach wollten die Mitglieder Ernst und Mike aber doch nicht ziehen lassen, so dass – wenig verwunderlich – vorgeschlagen wurde, sie als Beisitzer im Vorstand weiter mitwirken zu lassen; auf die geballte Erfahrung der beiden wollte niemand gerne verzichten. Dem Vorschlag der Mitglieder entzogen sie sich dann auch nicht und wurden einstimmig gewählt.

Es standen aber noch die Wahlen des Kassenwarts und einiger Beisitzer an, welche in unserem Kreisverband vollwertige Vorstandsmitglieder sind. Als Kassenwart wurde einstimmig Christian Hobohm wiedergewählt, der dieses Amt bereits seit einigen Jahren ausübte.

Bei der Wahl der Beisitzer konnten mit Janina Witt und Michael Franke zwei neue Gesichter hinzugewonnen werden, die neben Ernst und Mike und den bisherigen Beisitzern Horst Andresen und Torsten Sievers das Gremium in der Zukunft bereichern. Auch die Kas-

senprüfer standen zur Wahl an und es fanden sich mit Pascal Remlinger und Andre Siemssen zwei Kollegen, die sich hierfür zur Verfügung stellten.

Nachdem die Wahlen durchgeführt waren, standen auch Sachthemen auf der Agenda. So gewährte uns Mike Schirdewahn einen sehr interessanten Blick in die behördliche Wahrnehmung der Belastungen der Landespolizei durch die BAO Flüchtlinge.

Ein nicht minder interessanter Ausblick auf die zukünftigen (vor allem personellen) Herausforderungen der Landespolizei sowie der PD Bad Segeberg mit der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Boostedt und der beschlossenen Einrichtung einer EAE im Leopardpark in Bad Segeberg schloss sich an.

Der neue Vorsitzende Sebastian Krause nahm Stellung zur aktuellen Nachwuchsgewinnung, einhergehend mit der Erhöhung der Einstellungszahlen, der deutlichen Absenkung der Einstiegsvoraussetzungen und der Anhebung des Einstiegsamtes auf A 8.

Bedauert wurde in diesem Zusammenhang, dass es erst zu einer handfesten Krise in unserer Gesellschaft durch Flüchtlinge kommen musste, damit die Landesregierung erkennt, dass die Landespolizei personell viel zu schwach aufgestellt ist, was die DPoIG als Basisorganisation bereits seit Jahren deutlich gemacht hat.

Dass die Einstellungsbedingungen gesenkt werden mussten, um überhaupt noch Bewerber zu finden, die die Last des Berufes eines Polizeibeamten tragen wollen, wurde ebenso bedauert wie die hilflose anmutende Maßnahme, das Eingangsamte auf A 8 zu erhöhen, um die Attraktivität unseres Berufes zu erhöhen, ohne die Attraktivität nach oben durchzuschieben.

Als nächstes resümierte Torsten Sievers die einst hoch auf der Agenda der Landespolizeiführung stehende Sorge der Gewalt gegen Polizeibeamte als schlichte Argumentationsgrundlage für die politisch beeinflussten Entscheidungsträger der Polizeiführung, unpopuläre Entscheidungen treffen zu können.

Schlussendlich kann zusammengefasst werden, dass die gelungene Mitgliederversammlung deutlich machte, dass Gewerkschaftsarbeit der DPoIG für die Zukunft an Bedeutung gewonnen hat. Wir dürfen nicht nachlassen, der Politik und der Polizeiführung nicht nur auf die Finger zu schauen, sondern auch mal auf ihre Finger zu hauen. Es wird spannend sein, die Zukunft der Landespolizei zu begleiten.

Torsten Sievers